



Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen e.V.
c/o Karsten Jacobs | Birkenstraße 5 | 55296 Lörzweiler

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
z.H. Malu Dreyer
Postfach 3880

55028 Mainz

13. Februar 2020

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

wir wenden uns in einer dringenden Angelegenheit, das bekanntlich auch Ihr persönliches Anliegen ist, direkt an Sie, mit der Bitte um Ihre Hilfe:

Wir haben gestern erfahren, dass der Deutsche Segelflugverband jetzt bestätigt hat, dass die Deutsche Flugsicherung (DFS) im Frühjahr 2020 in der Region westlich von Bingen bzw. rund um Stromberg den Luftraum für anfliegende Jets auf den Flughafen Frankfurt absenkt. Damit kommt es zu der von der Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen e.V. im August 2019 öffentlich gemachten, weiteren Verlärmung von Rheinhessen und Nahe-Bergland.

Zur Vermeidung von Wiederholungen zitieren wir aus unserer hierauf gerichteten Pressemeldung ergänzend wie folgt:

„Die bisherige sogenannte Flugfläche 65 (circa 6.500 Fuss bzw. 1.980 m) wird auf 4.500 Fuss (circa 1.372 m über dem Meeresspiegel) abgesenkt werden.

Nach Einschätzung der Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen e.V. verlängert die DFS bei Ostwind den Luftraum für anfliegende Jets auf dem nördlichen Gegenanflug zum Flughafen Frankfurt weiter Richtung Westen. Damit wird die Region rund um Bingen und Stromberg, den östlichen Soonwald und den Eingang zum Welterbe Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal zusätzlich verlärm.

Bei hohem Verkehrsaufkommen werden dann Düsenjets in niedriger Höhe (5000 Fuss bzw. 1.524 m über dem Meeresspiegel) anfliegen dürfen, um dann auf den Endanflug Richtung Frankfurt eindrehen zu können.“



Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen e.V.

Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen e.V.
c/o Karsten Jacobs | Birkenstraße 5 | 55296 Lörzweiler

Wir müssen heute mit großer Enttäuschung feststellen, dass alle hiergegen gerichteten Interventionen von Land, Kreis, Kommunen und Politiker*innen aus Rheinhessen erfolglos waren.

Wir sind nicht länger bereit, uns mit Hinweisen auf Zuständigkeiten abweisen zu lassen. Nach unserem Verständnis ist unser Ansprechpartner die Politik und alle von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Volkvertreter. Es ist originäre Aufgabe der Politik, für gesunde Lebensverhältnisse zu sorgen und Gesundheitsschäden von der Bevölkerung abzuwenden. Dies hat Vorrang vor jeglichen wirtschaftlichen Überlegungen und Gewinnstreben von Wirtschaftsteilnehmern.

Mithin bitten wir um Verständnis, dass wir Sie in Ihrer Funktion als Ministerpräsidentin unseres Landes und einflussreiche Politikerin nicht aus der persönlichen Verantwortung nehmen können und Sie nochmals nachdrücklich auffordern müssen, dieser nicht hinnehmbaren Gesundheitsbeeinträchtigung ein Ende zu bereiten. Sie werden verstehen, dass es nicht unsere Aufgabe ist, hierauf gerichtete Strategien zu entwickeln. Das ist originäre Aufgabe der Politik und wir erwarten, dass nun endlich wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden. Was von Menschen gemacht wurde, kann von Menschen verändert werden. Man muss es nur wollen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie höflich um Auskunft, wie Sie und die von Ihnen geführte Landesregierung gegen den Fluglärm in unserer Region (und gerne darüber hinaus) vorgehen werden.

Wir bitten Sie um Mitteilung Ihrer hierauf gerichteten Strategien und Ihres Aktionsplanes, bei dessen Umsetzung wir Ihnen gerne, soweit dienlich, unterstützen können. Wir möchten Ihnen anbieten, dass wir uns künftig monatlich über den Fortgang austauschen, auch um Sie bei Ihren Bemühungen ggf. wirkungsvoll unterstützen können.

Mit freundlichen Grüßen

Karsten Jacobs
1. Vorsitzender

Roland Beckhaus
2. Vorsitzender